



**Klima
Allianz**
Deutschland

Forderungen der
Klima-Allianz Deutschland
zur Europawahl 2024

EUROPAS ZUKUNFT SICHERN: Klimaneutral und sozial





Die Klima-Allianz Deutschland ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz.

Mit rund 150 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend, Soziales und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein.

Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

Forderungen der Klima-Allianz Deutschland zur Europawahl 2024

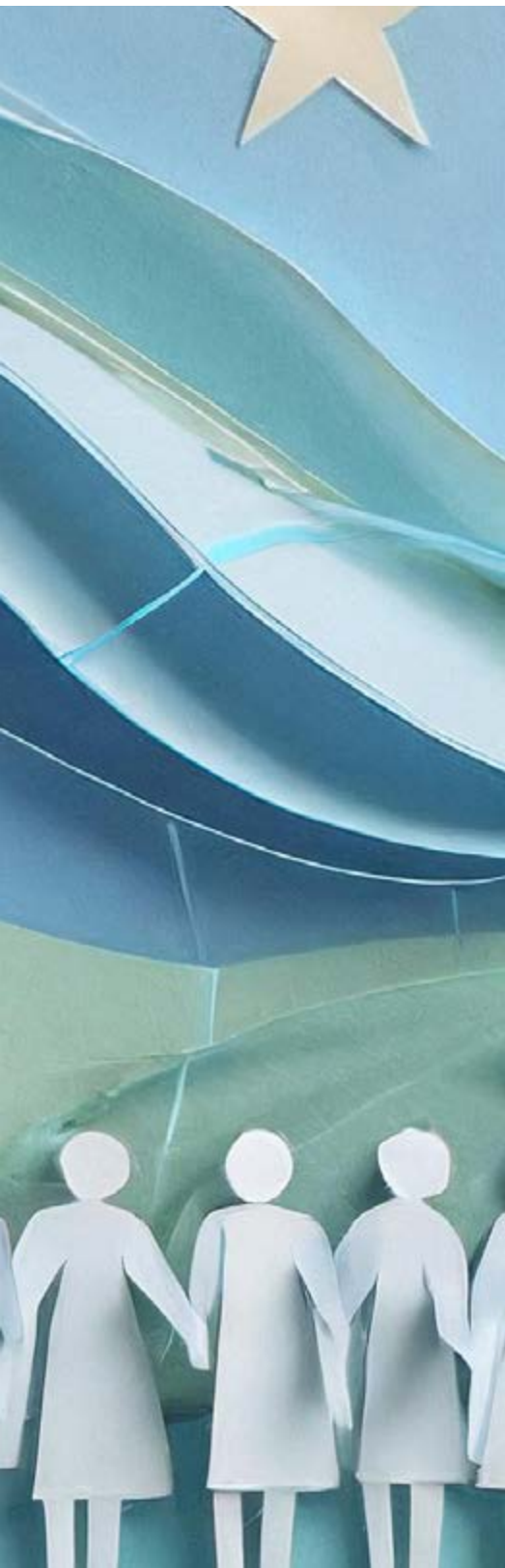
1. Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation sichern 6
2. Eine sozial gerechte Transformation garantieren 8
3. Die Energiewende erfolgreich vollenden, Industrie transformieren 10
4. EU-Bürger*innen klimafreundliche Mobilität ermöglichen 12
5. Gebäude in der EU zukunftsfest und wohnlich machen 14
6. Landwirtschaft und Ernährung klimafreundlich gestalten 16
7. Bürger*innen vor den Folgen der Klimakrise schützen 19
8. Einen gerechten europäischen Beitrag zu Klimagerechtigkeit leisten 20

**Die Zukunft Europas ist eng
mit der Zukunft unseres Planeten
verwoben.**

**Bei der Wahl am 9. Juni gilt es:
Demokratie – Klima – und Europa
zu verteidigen!**



Die Klimakrise verändert schon jetzt das Leben der Menschen in Europa dramatisch. Flutkatastrophen in Deutschland, Dürre in Frankreich, Waldbrände in Griechenland, Unwetter in Slowenien: Extremwetterereignisse wie diese bedrohen Gesundheit, Zusammenleben und Wohlstand.



In der nun ausgehenden Legislaturperiode hat die Europäische Union (EU) entscheidende Fortschritte in der Klimapolitik gemacht. Doch vor dem Hintergrund geopolitischer Krisen wachsen wirtschaftliche Sorgen, während rechtsextreme und nationalistische Kräfte erstarben. Nur mit einer ambitionierten und sozial gerechten Klimapolitik kann die EU ihre Bürger*innen in diesen Krisen schützen und die Demokratie verteidigen. Europas Transformation hin zur Klimaneutralität muss dabei durch eine kohärente Wirtschafts-, Sozial-, Handels- und Entwicklungspolitik unterstützt werden.

Die Europawahl 2024 wird entscheiden, ob jetzt die Weichen für eine sozial-ökologische Transformation und ein klimaneutrales Europa gestellt werden oder ob nationalistische Tendenzen eine wirkungsvolle Klimapolitik verhindern werden. Wir fordern Sie als Kandidat*innen für das nächste EU-Parlament auf: Sichern Sie Europas Zukunft. Setzen Sie sich dafür ein, dass der *European Green Deal* konsequent weitergeführt und sozial gerecht umgesetzt wird.

Das vorliegende Papier zeigt auf, wie Sie im nächsten EU-Parlament sozial gerechten Klimaschutz stärken und wie Sie von der EU-Kommission und dem Rat der EU mehr Ambition einfordern können. Unsere Empfehlungen reichen von Energiewende, Verkehrswende und Gebäudesanierung bis hin zu Landwirtschaft und Klimaanpassung. Als historische Mit-Verursacherin der Klimakrise muss die EU dabei auch ihrer internationalen Verantwortung nachkommen. Denn nur wenn die EU weltweit gerechte Antworten auf die Klimakrise unterstützt, kann es dauerhaft Sicherheit und Wohlstand in der EU und weltweit geben.



1. FINANZIERUNG DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION SICHERN

In der nächsten EU-Legislaturperiode stehen die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 und die Reform des europäischen wirtschaftspolitischen Rahmens an. Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation muss dabei im Mittelpunkt stehen. Um den *European Green Deal* und andere Initiativen umzusetzen, sind mehr öffentliche und private Mittel nötig.

Wir fordern Sie auf:

- Mobilisieren Sie durch ein **finanz- und wirtschaftspolitisches Rahmenwerk** mehr öffentliche Mittel für die klimaneutrale Transformation der EU. Geben Sie Mitgliedstaaten mehr Spielraum zur Finanzierung klimaschoner Investitionen – auch durch mehr **Flexibilität beim Schuldenabbau**. Und verankern Sie Ziele des Klima- und Biodiversitätsschutzes in öffentlichen Haushalten in Form eines *Green Budgeting*.
- Aktivieren Sie mehr private Mittel für klimafreundliche Investitionen durch eine europäische Koordination und durch Regelungen in der **Unternehmensbesteuerung**, die Steuervermeidung und -hinterziehung durch international aktive Unternehmen unterbinden. Prüfen Sie einen EU-weiten Mindeststeuersatz auf Unternehmensgewinne und führen Sie eine Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapier- und Devisentransaktionen ein. Die in der Energiekrise eingeführte temporäre Abschöpfung von Zufallsgewinnen der Energiekonzerne sollte zu einer dauerhaften Besteuerung der Profite von Öl- und Gasunternehmen weiterentwickelt werden.
- Schaffen Sie eine Lenkungswirkung für klimafreundliche Investitionen, indem Sie bei der Nachhaltigkeits-Taxonomie für Unternehmen (**ESG-Taxonomie**) nachbessern. Die ESG-Taxonomie ist bisher nur für den Teil *E* für *Environment* in Kraft. Füllen Sie die Elemente *S* (Soziales) und *G* (*Corporate Governance*) mit Leben. Beide sind für die Tragfähigkeit und Akzeptanz der Transformation unerlässlich.



2. EINE SOZIAL GERECHTE TRANSFORMATION GARANTIEREN

Auf dem Weg zur Klimaneutralität benötigen Mitgliedstaaten, Regionen, einzelne Branchen, aber auch einkommensschwache Bevölkerungsgruppen deutlich mehr Unterstützung als bisher. Vor allem die Einführung des europäischen Emissionshandels für Gebäude und Verkehr (ETS II) ab 2027 wird für die EU-Bürger*innen und Unternehmen große Veränderungen bringen. Sie brauchen Planbarkeit. Auch Menschen in Armut benötigen Unterstützung in der Transformation.

Wir fordern Sie auf:

- Weiten Sie die bedarfsgerechte Unterstützung für Mitgliedstaaten, Regionen und Unternehmen in der Transformation aus. Dazu gehört, vorhandene Förderinstrumente wie den *Just Transition Fund* oder den *Innovationsfonds* auf EU-Ebene zu stärken und weitere aufzusetzen.
- Für den *Emissionshandel im Verkehrs- und Gebäudesektor (ETS II)* fordern wir eine den Klimazielen entsprechende Deckelung der Emissionen sowie einen Mindestpreis, der zusammen mit entsprechenden sozialen Ausgleichsmaßnahmen eingeführt werden muss. Außerdem schlagen wir vor, einen Höchstpreis zu prüfen.
- Verhindern Sie, dass Personen und Haushalte mit geringem Einkommen durch den ETS II unzumutbar belastet werden. Nutzen Sie durch den ETS II eingenommene Mittel für *sozial gerechte Investitionen und Förderprogramme* in klimafreundliches Heizen, Kühlen und Mobilität, damit auch Menschen mit wenig Geld ein klimafreundliches Leben führen können. Steigern Sie den Umfang des *Klima-Sozialfonds* ohne Deckelung proportional zum CO₂-Preis im ETS II. Stellen Sie die Weichen für die Auszahlung eines Klimagelds aus ETS-II-Einnahmen und prüfen Sie die Einführung eines europäischen *Klimagelds*.
- *Machen Sie Arbeitnehmende fit* für ein klimaneutrales Europa. Qualifizieren Sie Arbeitskräfte für den Umstieg in nachhaltige Sektoren und Industrien, etwa durch einen Transformations-Erasmus mit internationalen Schulungsmöglichkeiten. Führen Sie eine Arbeitslosen-Rückversicherung Transformations-SURE (nach dem erfolgreichen Modell SURE) ein, die Arbeitsplätze absichert und mit Fortbildungsmöglichkeiten für grüne Jobs verbindet.



3. DIE ENERGIEWENDE ERFOLGREICH VOLLENDEN, INDUSTRIE TRANSFORMIEREN

Mit dem *European Green Deal* wurden entscheidende Rahmenbedingungen geschaffen, um die Energienutzung der gesamten EU zu dekarbonisieren. Um diesen Prozess zu vollenden, müssen erneuerbare Energien schneller ausgebaut werden, während die fossile Energienutzung zurückgebaut wird. Dabei muss Strom für die EU-Bürger*innen bezahlbar bleiben. Neben dem Energiesektor muss auch die Industrie klimaneutral gemacht werden. Nur so bleibt sie widerstands- und wettbewerbsfähig.

Wir fordern Sie auf:

- Stellen Sie die Weichen für eine **100%ige erneuerbare Energiegewinnung bis 2040**. Setzen Sie dafür die bereits angestoßenen beschleunigten Genehmigungsverfahren für Windkraft, Photovoltaik und Stromnetzausbau sowie neue Technologien der erneuerbaren Energien in Haushalt, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie um. Fossiles Gas, teure und unsichere Atomkraft und Kohlenstoffspeichertechnologien (CCS) sollten von Planungsbeschleunigung und sonstiger Förderung ausgenommen werden.
- **Beenden Sie umgehend Subventionen für fossile Infrastruktur und Atomkraft in Deutschland und der EU** und setzen Sie die so eingesparten Gelder stattdessen für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Die finanzielle Förderung und Verwendung von grünem Wasserstoff und *E-Fuels* sollten an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft und auf Sektoren beschränkt werden, in denen es keine energieeffizienteren und kostengünstigeren direktelektrischen Alternativen gibt.
- Setzen Sie den Vorschlag der EU-Kommission zur Neuordnung der **Energiesteuerrichtlinie** so um, dass Flug- und Schiffsverkehr in Zukunft nicht mehr steuerbefreit sind. Damit wird Kerosin besteuert und das Dieselprivileg abgeschafft. Die Umsetzung der Richtlinie trägt so auch zum Abbau umweltschädlicher Subventionen bei.
- **Beenden Sie die klimaschädliche Förderung von industrieller Holzverbrennung** zur Energiegewinnung und die Förderung von **Biokraftstoffen** aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen. So begrenzen Sie die Nutzung von Bioenergie im Angesicht zunehmender Flächenkonkurrenzen und des desolaten Zustands europäischer Wälder.
- Bessern Sie die **EU-Strommarktreform** so nach, dass die niedrigen Erzeugungskosten von Strom aus erneuerbaren Energien an EU-Bürger*innen weitergegeben werden und die Förderung von Kohle- und Gaskraftwerken sowie von bestehenden Atommeilern schrittweise ausläuft.
- Entwickeln Sie eine **industriepolitische Strategie**, die das Potenzial der **Kreislaufwirtschaft** für die Minderung von Industrie-Emissionen entlang der wichtigsten Wertschöpfungsketten nutzt und grüne Leitmärkte schafft. Bringen Sie Finanzierungsinstrumente wie Klimaschutzverträge voran, damit Investitionen in klimaneutrale Industrieprozesse zeitnah möglich werden. Die Zahlung öffentlicher Mittel an Unternehmen muss dabei an 1,5-Grad-konforme Transformationspläne geknüpft sein.



4. EU-BÜRGER*INNEN KLIMAFREUNDLICHE MOBILITÄT ERMÖGLICHEN

Die EU-Verkehrspolitik muss Bürger*innen eine klimaneutrale und bezahlbare Mobilität ermöglichen, die in Zukunft ohne fossile Antriebe auskommt und Beschäftigten hohe Sozial- und Arbeitsstandards sichert. Für die Bürger*innen müssen klimafreundlichere Verkehrsmittel die günstigere und zuverlässigere Wahl sein.

Wir fordern Sie auf:

- Legen Sie im Einklang mit der 1,5-Grad-Grenze **Emissionsbudgets für alle Verkehrsträger** (Flug, Auto und Schiene) fest und erfassen Sie die Emissionen aller Verkehrsträger vollständig, insbesondere beim internationalen Flugverkehr.
- **Richten Sie Investitionen und Subventionen systematisch nach Klimaschutz und Energieeffizienz aus.** Dazu gehört die bereits erwähnte EU-weite Besteuerung von Kerosin, die Umschichtung von Investitionen in Flughafenerweiterungen und Straßenausbau in die Schienennetze und eine Abgabe für Vielfliegende.
- Ergreifen Sie wirksame und kurzfristige Maßnahmen, um den **Anteil des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs EU-weit bis 2030** zu verdoppeln: insbesondere durch einen Europatakt, ein europäisches Nachtzugnetz, grenzüberschreitende Regionalzüge, günstigere Ticketpreise, vereinfachtes Ticketing und gestärkte Fahrgastrechte.
- **Etablieren Sie eine Mobilitätsgarantie**, die jungen und alten EU-Bürger*innen in Stadt und Land durch den ÖPNV-Netzausbau und höhere Taktungen schnellstmöglich eine klimafreundliche und barrierefreie Mobilität ermöglicht.
- **Beschleunigen Sie den Wechsel zur Elektromobilität** in Europa: Weiten Sie den Erstzulassungsstopp für Verbrenner ab 2035 auf LKW und Busse aus und schichten Sie Subventionen für Verbrenner auf batteriebetriebene Dienst- und Leasingfahrzeuge um. Stellen Sie sicher, dass kleine, kostengünstige und ressourcensparende Elektrofahrzeuge günstiger sind als die klimaschädliche Konkurrenz. Sorgen Sie dafür, dass solche Fahrzeuge auch für Haushalte mit weniger Einkommen in Reichweite sind, wie beim erfolgreichen *Social Leasing* aus Frankreich.



5. GEBÄUDE IN DER EU ZUKUNFTSFEST UND WOHNLICH MACHEN

Über ein Drittel des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen in der EU entfallen auf den Gebäudesektor. Eine klimaneutrale EU ist ohne klimaschonendes Bauen und Heizen nicht denkbar. Die bisherigen Bemühungen der EU im Gebäudesektor genügen nicht, um das selbstgesteckte Ziel der Klimaneutralität 2050 zu erreichen. Auch sozial gerechte Lösungen fehlen.

Wir fordern Sie auf:

- Lösen Sie die geplante europäische Sanierungswelle tatsächlich aus und verdoppeln Sie die Sanierungsrate europäischer Gebäude bis 2030. Die Einführung **gebäudescharfer Mindesteffizienzstandards** für Wohngebäude durch eine erneute Novelle der EU-Gebäuderichtlinie ist die erfolgversprechendste Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen. Entwickeln Sie Lösungen, die finanziell schwächere Mieter*innen und Eigentümer*innen schützen und **Energiearmut** bekämpfen.
- Bringen Sie einen früheren **Ausstieg aus der fossilen Wärmeerzeugung** in der EU voran. Das in der EU-Gebäuderichtlinie definierte Aus für fossile Brennstoffe ab 2040 ist ungenügend, um die selbstgesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Setzen Sie dabei nicht auf die umfangreiche Nutzung von Wasserstoff für Gebäudewärme; sie ist eine Scheinlösung, mit der das Ziel einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung nicht zu erreichen ist.
- Konzentrieren Sie sich bei der Schaffung von Wohnraum in der EU auf **Umbau, Umnutzung und Renovierung** statt auf emissions- und ressourcenintensiven Neubau. So treten Sie auch der weiteren Flächenversiegelung entgegen, die Wohngebiete aufheizt und die Gefahr von Überschwemmungen steigert. Setzen Sie auch auf Baustoffe wie Holz und Beton statt Zement.



6. LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG KLIMAFREUNDLICH GESTALTEN

Die europaweiten Proteste zeigen, dass Landwirt*innen in der EU dringend eine sichere Zukunftsperspektive brauchen. Die Landwirtschaft in der EU steht vor der Herausforderung, Emissionen zu senken und gleichzeitig eine nachhaltige, gesunde Ernährung sicherzustellen. Damit beide Ziele erreicht werden, müssen Lebensräume und Biodiversität wiederhergestellt, Boden-, Luft- und Wasserqualität erhöht und natürliche Kohlenstoffsinken gestärkt werden.

Wir fordern Sie auf:

- Setzen Sie die bestehenden Landnutzungsziele des *European Green Deal* um und formulieren Sie ambitionierte **Klima-, Arten-, Wasser- und Luft-schutzziele** bis 2040 für den Landwirtschafts- und Landnutzungssektor. Unterstützen Sie die Landwirt*innen durch eine gezielte Förderpolitik sowie durch Absatz- und Wertschöpfungsmöglichkeiten, diese Ziele auch umzusetzen. Der Ökolandbau als klimafreundliches Anbausystem verdient hier besondere Aufmerksamkeit.
- **Prüfen Sie eine Bepreisung der hauptsächlichen Treibhausgasemissionen in der Land- und Forstwirtschaft ab 2030**, etwa durch Abgaben. Eine Bepreisung muss mit begleitenden Umverteilungs- und Ausgleichsmaßnahmen einhergehen. Schaffen Sie Anreize für den Ausbau natürlicher Kohlenstoffsinken, ohne dabei Emissionseinsparungen zur Kompensation von Emissionen in anderen Sektoren zu verbuchen.
- Gestalten Sie in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 die **flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule in einkommens-wirksame Leistungen für das Gemeinwohl um, insbesondere Klima- und Umweltleistungen**. Zahlungen müssen sich am tatsächlichen Bedarf der Betriebe orientieren und unbürokratisch ausgezahlt werden. So können Landwirt*innen zielgerichtete Anpassungs-, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen finanzieren, Synergieeffekte mit Biodiversitätsmaßnahmen schaffen und eine diverse Agrarstruktur mit vielen und vielfältigen Höfen erhalten.
- Fördern Sie eine **Wiedervernässung von Feuchtgebieten wie Auen und Moore** und etablieren Sie Wertschöpfungsketten nasser Moornutzung. So werden durch Trockenlegung entstehende Treibhausgasemissionen deutlich gesenkt und wertvolle Ökosysteme gestärkt.
- Bringen Sie ein **europäisches Rahmengesetz für nachhaltige Ernährungssysteme** auf den Weg, um Landwirtschaft und Ernährung gemeinsam zu regulieren – von der Kennzeichnung bis zur öffentlichen Beschaffung. Stärken Sie die Position von Erzeuger*innen in der Lebensmittelkette durch effektive Marktregulierungsmaßnahmen und bauen Sie nachhaltige regionale Ernährungswertschöpfungsketten auf, damit Menschen in der EU sich auch in Zukunft gesund und nachhaltig ernähren können.
- **Halbieren Sie die Lebensmittelverschwendung bis 2030**. Legen Sie dafür Ziele und Maßnahmen für Produktion, Verarbeitung, Handel, Gastronomie, Privathaushalte und Verluste vor der Ernte fest.

Die Entsorgung von noch genießbaren Lebensmitteln durch den Handel sollte verboten, die Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch ehrenamtliche Organisationen ermöglicht werden. Schaffen Sie das Mindesthaltbarkeitsdatum auf lange haltbaren Produkten ebenso ab wie Handelsnormen, durch die weniger ästhetische Lebensmittel im Müll landen.

- Treiben Sie einen EU-weiten **Umbau der Tierhaltung** voran, um die Klimaziele in der Landwirtschaft zu erreichen. Setzen Sie Anreize zur deutlichen Reduktion von Tierzahlen, fördern Sie klimafreundlichere Haltungssysteme wie die Weidehaltung und schränken Sie den Import von Futtermitteln ein. Fördern Sie eine gesunde und nachhaltige pflanzenbasierte Ernährung beispielsweise durch Gesundheitsprogramme, Aufklärung und steuerliche Anreize.
- Setzen Sie die Zukunfts-Prinzipien aus der **Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie** (MSRL) um, um den Schutz und die Nutzung der europäischen Meere miteinander in Einklang zu bringen. Übersetzen Sie die Prinzipien in konkrete Maßnahmen, damit Meeresökosysteme nachhaltig geschützt werden.



7. BÜRGER*INNEN VOR DEN FOLGEN DER KLIMAKRISE SCHÜTZEN

Anpassung an Klimafolgen, Prävention und Gesundheitsschutz sind wichtige Antworten auf die Klimakrise, vor allem für vulnerable Menschen und Regionen. Die hierfür relevanten Verpflichtungen aus dem Europäischen Klimaschutzgesetz müssen dringend umgesetzt werden.

Wir fordern Sie auf:

- Fördern Sie die Klimaanpassung von Städten und Kommunen auf EU-Ebene. Hitze in Städten etwa hat gravierende gesundheitliche Folgen, besonders für Menschen mit Behinderung, Kinder, chronisch kranke oder ältere Menschen. Deren Perspektiven sind für wirksame Anpassung besonders wichtig. Stärken Sie dafür systematisch die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit von Städten und Kommunen, damit sie erprobte Methoden wie den Umbau zu begrünten Schwammstädten, Entsiegelung oder Hitzekonzepte zum Schutz der Bevölkerung umsetzen können.
- Unterstützen Sie konkrete Sofortmaßnahmen und Investitionen zur Anpassung der Land- und Forstwirtschaft an die Auswirkungen des Klimawandels, wie etwa zunehmende Trockenheit, Überschwemmungen und Waldbrände. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf der effizienten Nutzung der Wasserressourcen, der Revitalisierung von Flüssen und Auen und dem klimaresilienten Umbau der europäischen Wälder liegen.
- Verabschieden Sie ergänzend zum *Green Deal* einen *Blue Deal*, um trotz drohender Wasserknappheit Menschen den Zugang und die gerechte Nutzung von Wasser zu ermöglichen. Trinkwasserversorgung und der Bedarf der aquatischen Umwelt müssen dabei Vorrang vor industrieller Nutzung haben.



8. EINEN GERECHTEN EUROPÄISCHEN BEITRAG ZU KLIMAGERECHTIG- KEIT LEISTEN

Die europäischen Wirtschaftsnationen tragen eine historische Verantwortung für die Klimakrise. Deren Folgen, wie Dürren und Überschwemmungen, zeigen sich am deutlichsten im Globalen Süden. Die EU muss ihrer Verantwortung gerecht werden, indem sie Emissionen schneller senkt und den fossilen Brennstoffen endlich den Rücken kehrt. Gleichzeitig muss sie Partnerländer im Umgang mit der Klimakrise unterstützen. So trägt sie innerhalb der EU und weltweit zu Sicherheit und Wohlstand bei.

Wir fordern Sie auf:

- Formulieren Sie ein EU-weites Klimaziel für 2040, das eine **Reduktion um mindestens 95 %** der Treibhausgasemissionen vorsieht und mit verstärkten Klimaschutzmaßnahmen bis 2030 einhergeht. Sorgen Sie dafür, dass die EU im Rahmen dieses Klimaziels aus den fossilen Brennstoffen aussteigt, ohne gefährlich große Schlupflöcher für Kohlenstoffspeichertechnologien zu schaffen (CCS). Ziele und Maßnahmen müssen in einem aktualisierten Klimaschutzbeitrag (NDC – Nationally Determined Contribution) der EU festgehalten werden. Neben Sektorzielen sollte der neue NDC ein 1,5-Grad-kompatibles Zwischenziel für 2035 enthalten, das nicht linear vom Ziel für 2040 abgeleitet ist.
- Weiten Sie die **internationale Klimafinanzierung** stark aus und erschließen Sie dafür auch neue Quellen, etwa in Form einer Finanztransaktionssteuer oder durch Abgaben fossiler Unternehmen. Diese Gelder sollten nach dem Verursacherprinzip beispielsweise in den neuen Fonds für Schäden und Verluste fließen. Erhöhen Sie den Anteil finanzieller Unterstützung für Klimaanpassung im Globalen Süden. Unterstützen Sie außerdem einen Schuldenerlass für besonders vulnerable und überschuldete Länder.
- Stellen Sie durch den Ausbau fairer **Klima- und Energiepartnerschaften** etwa im Bereich grüner Wasserstoff und erneuerbare Energien den Ländern des Globalen Südens mehr finanzielle und technische Unterstützung zur Verfügung. Fördern Sie in diesen Partnerschaften den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und verbessern Sie den Energiezugang für die Bevölkerung vor Ort. Menschen in den Partnerregionen müssen aktiv in Entscheidungsprozesse in den Partnerschaften einbezogen werden und durch diese Partnerschaften konkrete Vorteile genießen.
- Führen Sie Einnahmen aus dem **Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)** nicht nur der Transformation in der EU, sondern auch der internationalen Klimafinanzierung zu. Das steigert gleichzeitig die europäische Wertschöpfung und die internationale Akzeptanz des Mechanismus. Weiten Sie CBAM nach einer Evaluierung aus.

Die Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz Deutschland:



Impressum

Herausgeberin

Klima-Allianz Deutschland e.V.
Invalidenstraße 35, 10115 Berlin
Telefon: 030.780 899 512
info@klima-allianz.de
www.klima-allianz.de

Redaktion

Lisa Jörke

Redaktionelle Mitarbeit

Thomas Gehringer, Radka Geißler,
Charly Heberer, Jacob Rohm,
Alexandra Goritz, Konstantinos Tsilimekis,
Silke Bölts, Daniel Moser

Layout, Grafik und Bilder

Jennifer Swienty
PRÆGEWERK DESIGN

Die verwendeten Bilder wurden
mit generativer KI (Adobe Firefly)
erstellt.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages